

Berliner Tageblatt

Nr. 256

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Poincarés Bericht über London.

Nationalistische Opposition in Paris.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 20. Juni.
Die neue Konferenz, die gestern von Poincaré und Lloyd George beschlossen wurde, soll frühestens in vier Wochen stattfinden. Da nach dem 14. Juli die französische Mitte August weiter tagt, hat das englische Parlament sich bereit erklärt, wenn es nötig wäre, noch einmal nach London zu kommen. Es könnte aber auch sein, daß die Zusammenkunft noch länger hinausgeschoben wird. In diesem Falle würde eine französische oder italienische Stadt als Konferenzort gewählt werden.

Die Anhänger Poincarés sehen voraus, daß der Ministerpräsident gegen Angriffe in der Kammer zu verteidigen haben wird, weil er in zwei Punkten gegen die Verpflichtungen gehandelt hat, die er vor dem Parlament übernommen hat. Die französische Studentenkommision nur dann im Auge bleiben solle, wenn die Kammer damit einverstanden wäre, wenn alle Bedingungen, die Frankreich für seine Teilnahme an Verhandlungen gestellt hat, erfüllt werden sollten. Die Kammer aber nicht noch einmal gefragt worden, und England und Italien in den Standpunkt Frankreichs, wie er in dem zweiten Memorandum vorliegt, ohne weiteres anerkannt. Lardieu äußert diese Zustände, um einen Angriff vorzubereiten. Poincaré aber auch auf die isolierte Aktion gegen Deutschland verzichtet, die er bei verschiedenen Gelegenheiten angedeutet hat, falls das es ihm nicht gelänge, die Verträge für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen. Er hat, wie ihm ergebenen Zeitungen sagen, „seine feine Handlungsfreiheit völlig aufgegeben, aber doch das Zusammengehen mit den Deutschen anders interpretiert, als das bisher geschehen ist.“

Im Einklang werden ihm manche Vorwürfe, die er selbst in seiner Zeitung, „sur einmal in das Ruhrgebiet wollte, dürfte nicht mehr auf sich warten lassen.“

nach Griechenland geschickt werden sollen, um sich über die Voraussetzungen zu informieren, deren sich die Kriegführenden gegenseitig beschuldigen. Beide Kommissionen sollen getrennt arbeiten, aber gemeinsam ihre Berichte redigieren. Wenn dieses Geschäft beendet ist, soll eine neue Aussprache zwischen den Außenministern Englands, Frankreichs und Italiens folgen. die noch einmal auf der Grundlage der Märzbesprechungen den Frieden herzustellen versuchen soll. Von der durch die türkische Regierung vorgeschlagenen Konferenz ist nicht mehr die Rede. Dies ist das einzige schärfere Resultat der Besprechungen über diesen Punkt. Sonst bleibt noch die Frage der Verhältnisse in Kraft, die die Frage nicht löst, sondern verträgt auf jeder Konferenz eine neue Beratung beschließt. Die gleiche Verlegenheitslösung ist für die Frage von Tanger gefunden: auch diese Fragen sollen in einer Zusammenkunft der interessierten Mächte weiter beraten werden, bei der außer England und Frankreich auch Spanien und Marokko vertreten sein werden.

Dies sind die Ergebnisse der Unterhaltung nach der Schilderung Poincarés, der natürlich die Liebeserklärung in allen Punkten betont und von seinen Anhängern hervorheben läßt, daß er den persönlichen Kontakt zwischen den beiden Staatsmännern in angenehmer Form hergestellt habe. Auch Lloyd George hat dies bestätigt, indem er Poincaré zum Wohlwoll beglückwünscht und ihm demonstrativ „Auf Wiedersehen!“ zurief. Vergleiche man mit dieser Darstellung die Berichte der einzelnen Korrespondenten, so steht das Bild etwas anders aus. Der Londoner Mitarbeiter des „Journal“ sagt, daß es verkehrt wäre, sich durch den äußeren Schein täuschen zu lassen. Mit großer Lebenswürdigkeit und vielen freundschaftlichen Versicherungen sei man nach zwei Stunden darüber einig geworden, daß man über keine einzige Frage einig sei. Der einzige Erfolg sei, daß die beiden hiesigen Unterhaltungen abgeblüht wurden. In der Frage der Reparationen bleibe der englische Standpunkt bestehen, daß die deutschen Verpflichtungen noch nicht endgültig festzustellen seien. In der Frage der Reparationen bleibe der englische Standpunkt bestehen, daß die deutschen Verpflichtungen noch nicht endgültig festzustellen seien. In der Frage der Reparationen bleibe der englische Standpunkt bestehen, daß die deutschen Verpflichtungen noch nicht endgültig festzustellen seien.

Die provisorischen Übereinkünfte.

Die vermiedene Krise in der Reparationsfrage.

(Telegramm.)

London, 20. Juni. (W. T. B.)
Das deutsche Bureau verbreitet folgenden ergänzenden Bericht über die Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré: Die britische Ansicht war, daß gegenwärtig der Augenblick schicklich gewählt wäre, sich zu bemühen, den Vertrag der Verbündeten mit Deutschland endgültig festzusetzen, weil die Verhältnisse in Deutschland sich jetzt günstig geändert hätten. Die deutsche Regierung ist der Meinung, daß es sich nicht lohnen würde, sich jetzt auf eine endgültige Entscheidung zu verpflichten. Die deutsche Regierung ist der Meinung, daß es sich nicht lohnen würde, sich jetzt auf eine endgültige Entscheidung zu verpflichten. Die deutsche Regierung ist der Meinung, daß es sich nicht lohnen würde, sich jetzt auf eine endgültige Entscheidung zu verpflichten.

Die Regierungskrise in Polen.

Von unserem Korrespondenten

Wilm Stein.

Wie im gestrigen Abendblatt gemeldet wurde, ist die politische Regierungskrise dadurch vorläufig gelöst worden, daß die Mehrheit des Parlamentes den Gouverneur und Großinhabenden Stefan Przanowski als Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Allerdings ist noch fraglich, ob Przanowski ein Kabinett zusammenbringen wird. Seine Berufung bedeutet, wie unser Warschauer Korrespondent in seinem gestrigen Telegramm ausführte, einen Sieg der Rechtsparteien und einen Sturz der Linken. Die Rechte hat nur, um vor den Neuwahlen sich nicht mit unangenehmer Verantwortung zu belasten, den etwas farblosen Przanowski statt eines ihrer entschiedenen Anhänger aufgestellt.

Die Redaktion.

Warschau, im Juni.

In den dreieinhalb Jahren ihres Bestehens hat die polnische Republik eine flüchtige Reihe von Kabinettskrisen, schweren und leichteren Kabinettskrisen gesehen. Trotz mancher selbstverständlichen Verdienste im einzelnen waren sie im Grunde desgleichen durch die unglückliche Verteilung der ebenfalls seit 3 1/2 Jahren noch immer tagenden Konstituante bedingt: fast mathematisch immer in der Mitte des konstituierenden Parlamentes geht die Trennungslinie — nicht der Parteien, aber der Geister; zweihundert zur Rechten, zweihundert zur Linken. Wenn man auch bei allen Parteien Problemen Unterschiede zwischen den fünfzehn Fraktionen des Parlamentes sehen und zum Teil von einer extremen und einer gemäßigten Rechten, von zwei oder drei Mittelgruppen, von gemäßigten und radikalen Linksgruppen sprechen kann, so beruht das doch vielfach mehr auf dem Streben der „Führer“ und der physisch bedingten Gruppierungen, als auf ideologischer Grundverschiedenheit der politischen Gesamtansicht. Die in der Mitte der Kopfzahl laufende Trennungslinie zwischen beiden, die den Bestand jeder Regierung zum zufälligen Fehlen einiger weniger Abgeordneten bei irgendeiner Regierungsvorlage abhängig macht, ist die Scheide nicht zwischen zwei Parteienlagern, sondern zwischen zwei Einflusssphären und damit zwischen zwei Mächten, deren Gleichkraft und deren Ringen um den Sieg über die andere das innenpolitische Leben Polens beherrscht und bestimmt; deren Ringen zugleich Polens Politik in jeder Hinsicht den Charakter des Schwankens, des Zufälligen, Unstetigen und Unberechenbaren gibt. In dieser Scheidelinie inmitten der Konstituante endet von rechts her der Einfluß von Klerus, Großgrundbesitzern und nationaldemokratischer Politik der unbedingten Deutschfeindschaft, des Annäherungsstrebens an Rußland, der Anhänglichkeit und des Gehorsams gegenüber Frankreich. An der gleichen Stelle endet von links her der Einfluß der unbedingten russlandfeindlichen Gesinnung, die mit Frankreich gleichberechtigt verbunden und nur deswegen antideutsch sein will und im übrigen Polens Geißel auf die Spitze der Bajonnette stellt. Die Exponenten beider Richtungen sind die nationaldemokratischen Großen Zamiatycki, Faberowski, Roszanski und die linken — Witos und Pilsudski auf der anderen Seite.

Pilsudskis exponierte Stellung als provisorischer Staatspräsident hat es mit sich gebracht, daß die verhängnisvolle und öffentlichen Kampfe zwischen rechts und links lange Zeit sich zwischen Nationaldemokraten und Witos mit wechselndem Erfolge abspielten. Erst nach langen, vergeblichen Stürmen gegen den Bauernführer Witos, der Pilsudskis Banner wenigstens auf einer Seite hielt, hat die Nationaldemokratie ihre Angriffe direkt auf Pilsudski gerichtet. Im Parlament von den Sozialisten unbedingte und von den Bauern jumeist verteidigt, in der Öffentlichkeit auf die größten Teile der Armee und eine Art inoffizieller Militärpartei gestützt, verlor Pilsudski die Angriffe so scharf und geschickt, daß die Nationaldemokratie davon abließ, da selbst Frankreich ein verständliches Interesse an der festen Stellung des Mannes befandete, zu dem drei Viertel seiner Soldaten stehen wie die Grenadiere zu ihrem Kaiser Napoleon. So endete die sogenannte „Pilsudski-Krise“ anläßlich der Annexion Wilnas.

Reichlich zwei Wochen lang hat Polen im Zeichen der zweiten Pilsudski-Krise, die erbitterter und schärfer ausgekämpft wurde. Der Angriff kam diesmal aus dem idyllisch gelegenen Belvederehörsaal, Pilsudskis Amtssitz. Diese neue Phase des großen Kampfes, der notwendig dem alle Eigenschaften des Problems der wirtschaftlichen Gefährdung notwendigem Schritte abforderenden Parteikampf herauskommen will, war offiziell eine Kabinettskrise, veranlaßt durch die Demission der Regierung Przanowski. Nach den Neuerungen der polnischen Presse handelte es sich um ein Chaos, um „irrenhausartige“ Verwirrung, um formale Streitigkeiten mit staatsrechtlichen Interpretationen durch parteipolitisch besangene Interpreten. In der ausländischen Presse und — wie manche Anzeichen schließen lassen — auch in der ausländischen jüdischen Diplomatie galt die Krise schließlich als „rätselhaft“. Die zweite Pilsudski-Krise als das genommen, was sie war: ein neuer und der bisher härteste Ausdruck des Kampfes zwischen den Nationaldemokraten und Pilsudski, war in seiner Weise rätselhaft. Allein darüber ließe sich streiten, warum Pilsudski nicht (wie die Parteien liehe sich streiten, warum Pilsudski die Machtfrage den kommenden Herbstwahlen überließ und bis dahin, wie die Parteien, das neutrale, außerparteiliche Kabinett Przanowski weiterhin als „malum necessarium“ („notwendiges Übel“) ertug.

Für die Beantwortung dieser Frage ist kaum irgendwelches, das eben Pilsudski keine „Partei“ ist, die liegen kann, auch wenn